



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Kreistag

---

Es informiert Sie:	Andrea Pannen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	andrea.pannen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 26.09.2008

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin Donnerstag, den 25.09.2008, 16:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Thomas Hendele

#### **Mitglieder**

Bärbel Auer

Hans-Peter Bartz

Harald Benninghoven

Hans-Willi Berkenbusch

Ernst Buddenberg

Jürgen Bullert

Udo Carraro

Erika Cebulla

Harald Degner

Marie-Liesel Donner

Stephan Emmler

Barbara Enke

Bernd Falkenau

August Franke

Karl-Heinz Friedrich

Wolfgang Fröhlecke

Harald Giebels

ab 16.24 Uhr (TOP 6)

Karl-Heinz Göbel

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Anne Gronemeyer

Ulrike Haase

(mit Ausnahme TOP 20)

Berndt Hoffmann  
Werner Horzella  
Rainer Hübinger  
Dr. Bernhard Ibold  
Ottokar Iven  
Ingmar Janssen  
Ulrich Kanschat  
Peter Kirchrath  
Ursula Klützke  
Dr. Uwe Koppe  
Rolf Kramer  
Manfred Krick  
Holger Lachmann  
Gerti Laßmann  
Nils Lessing  
Wolfgang Leyendecker  
Waldemar Madeia  
Ulrike Mannheim  
Rolf Mayr  
Volker Münchow  
Reinhard Ockel  
Michael Pätzold  
Gerd Rammes  
Dieter Roeloffs  
Klaus Rohde  
Rainer Schlottmann  
Günter Schmickler  
Dieter Schmoll  
Heinz Schneckmann  
Carola Schneider-Rotert  
Stephan Schnitzler  
Hedy Scholz  
Manfred Schulte  
Margret Stolz  
Udo Switalski  
Bernd Tondorf  
Peter Vahlsing  
Ewald Vielhaus  
Susanne Vogel  
Klaus-Dieter Völker  
Hans-Joachim Wagner  
Dirk Wedel  
Horst Weidtmann  
Dietmar Weiß  
Axel C. Welp  
Herbert Wetzig  
Sebastian Wladarz  
Hans-Jürgen Zieger

ab 16.07 Uhr (TOP 1)

bis 18.06 Uhr (TOP 18.1)

bis 17.40 Uhr (TOP 15)

ab 16.06 Uhr (TOP 1), bis 17.40 Uhr (TOP 15)

### **Verwaltung**

Harald Beier  
Lothar Breitsprecher  
Maximilian Bröhl  
Hans-Anton Fliegaufl  
Nils Hanheide  
Peter Herweg  
Daniela Hitzemann  
Thomas Jarzombek

Martin Kasprzik  
Wolfgang Kohnert  
Andrea Pannen  
Martin M. Richter  
Rainer Ritsche  
Christian Schölzel  
Antje Schwörer  
Hans-Jürgen Serwe  
Peter Zill

### **Gäste**

Herr Kunert

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.06.2008
3. Informationen der Verwaltung
4. Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung
5. Einführung und Verpflichtung eines neuen Kreistagsmitgliedes 01/011/2008
6. Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien 01/021/2008
7. Änderung der Hauptsatzung des Kreises Mettmann hier: Personalangelegenheiten (§ 15) 01/020/2008/1
8. Einbringung des Haushaltes 2009 - mündlicher Bericht
9. WFB - Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH 01/013/2008
  - Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Verwendung des Jahresergebnisses
  - Entlastung des Aufsichtsrates
10. Kreissparkasse Düsseldorf 01/016/2008
  - hier: Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils am Jahresüberschuss 2007

- |       |   |               |
|-------|---|---------------|
| 11.   | Strategische Ausrichtung des Eigenbetriebes für Informationstechnologie des Kreises Mettmann - ME-BIT<br>hier: Künftige organisatorische Ausrichtung der IT in der Kreisverwaltung  | 10/010/2008   |
| 12.   | Geprüfter Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes für Informationstechnologie des Kreises Mettmann - ME-BIT   | 16/010/2008/1 |
| 13.   | Zuwendungen an die im Kreis Mettmann tätigen Vereine und Verbände   | 50/010/2008   |
| 14.   | Neuberufung von Mitgliedern/ stellvertretenden Mitgliedern in die Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann (GPK)   | 53/013/2008   |
| 15.   | Bildung einer einheitlichen Ausländer- und Einbürgerungsbehörde bei gleichzeitiger Verbesserung des Bürgerservices<br>- Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung   | 32/012/2008   |
| 16.   | Offener Ganzttag an Förderschulen des Kreises<br>- Einrichtung einer 3. Gruppe an der Leo-Lionni-Schule in Monheim und Qualitätssicherung an den Förderschulen für Emotionale und soziale Entwicklung in Hilden und Velbert | 40/046/2008   |
| 17.   | Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis Mettmann für das Jahr 2007  | 70/004/2008   |
| 18.   | Nachträge   |               |
| 18.1. | Resolution zum Sparkassengesetz<br>hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2008   | 01/026/2008   |
| 18.2. | Resolution zur CO-Pipeline<br>hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2008  | 01/027/2008   |

### **Nicht öffentlicher Teil**

- |     |  |               |
|-----|--|---------------|
| 19. | Informationen der Verwaltung   |               |
| 20. | Besetzung der Stelle eines/einer Dezernenten/Dezernentin   | 10/014/2008   |
| 21. | WFB - Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH<br>- Wahl des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2008  | 01/012/2008   |
| 22. | Einstellung eines Geschäftsführers für den ME-BIT<br>hier: nachträgliche Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 5 Abs. 6 S. 2 EigVO NRW | 16/013/2008/1 |
| 23. | Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 36a Landschaftsgesetz NRW durch den Träger der Landschaftsplanung   | 63/012/2008   |
| 24. | Nachträge  |               |

## Öffentlicher Teil

### **Zu Punkt 1: Formalien**

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Besonders heißt er das neue Kreistagsmitglied, Herrn Nils Lessing, die Bürgerinnen und Bürger und die Vertreter der Presse willkommen.

Es folgt die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit (KA Eichinger, KA Kornak und KA Osterwind fehlen entschuldigt) und der Beschlussfähigkeit.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil fristgerecht um die Beratungspunkte

**18.1** Resolution zum Sparkassengesetz  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2008

**18.2** Resolution zur CO-Pipeline  
hier: Antrag der Fraktion BPNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2008

erweitert wurde.

Als Tischvorlagen liegen zu Tagesordnungspunkt 18.1 weitere Resolutionsentwürfe der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion vor.

KA Völker kündigt ebenfalls einen Resolutionstext zu Tagesordnungspunkt 18.2 an.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die für die Sitzung festgesetzte Tagesordnung wird festgestellt.

Vor Einstieg in die Beratungen gratuliert der Landrat KA Cebulla, KA Bartz und KA Pätzold nachträglich zum Geburtstag.

Abschließend weist er darauf hin, dass Herr Fliegau und Herr Zieger heute letztmalig an einer Sitzung des Kreistages teilnehmen. Im Namen des Kreistages dankt er ihnen für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihnen alles Gute für den neuen Lebensabschnitt.

Herr Fliegau bedankt sich bei dem Landrat und den Mitgliedern des Kreistages, wünscht weiterhin viel Erfolg in der kommunalpolitischen Arbeit und lädt die Mitglieder des Kreistages zu seiner Verabschiedung am 24.10.2008 ein.

### **Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 19.06.2008**

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 19.06.2008 wird einstimmig genehmigt.

### **Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung**

#### **Tierseuchenfall in Haan**

Herr Hanheide berichtet vom aktuellen Auftreten eines Tierseuchenfalls in einer Pferdehaltung in Haan. Ein Pferd war an infektiöser Anämie (ansteckender Blutarmut) erkrankt. Diese Krankheit verläuft für die Tiere tödlich, Heilungschancen bestehen nicht. Das betroffene Pferd wurde eingeschläfert. In einer Sicherheitszone von 2 km um die Pferdehaltung müssen alle Pferde untersucht werden. Pferde dürfen in diese Zone weder verbracht noch aus ihr herausgebracht werden. Die Sicherheitsmaßnahmen dauern aufgrund verbindlich vorgegebener Untersuchungsintervalle mindestens 42 Tage an. Für Menschen besteht keine Gefahr.

### **Folgeorganisation der ARGE ME-aktiv**

Herr Richter teilt mit, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen ersten Vorschlag zur Folgeorganisation der ARGEN unterbreitet hat. Zu dem wichtigen Kernpunkt, nämlich die Hilfen aus einer Hand zu erbringen, haben die Sozialminister der Länder zuvor geschlossen gefordert, dass die ARGEN künftig über einen eigenen Personalkörper verfügen müssen. Genau das aber beinhaltet der Vorschlag des Bundessozialministeriums gerade nicht.

### **Jobsituation von Mitarbeitern der Bundesagentur in der ARGE ME-aktiv**

Herr Richter berichtet von seiner Sorge um die Langzeitarbeitslosen im Kreis Mettmann und die Leistungsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaft.

Er hat sich schriftlich an die Bundesminister Steinbrück und Scholz gewandt und kurzfristig um deren Unterstützung gebeten.

Die Agenturen für Arbeit Düsseldorf und Wuppertal beschäftigen als Träger der ARGE ME-aktiv aktuell insgesamt 24 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit befristeten Arbeitsverträgen die zum 31.12.2008 auslaufen. Eine weitere Fortsetzung sämtlicher dieser Arbeitsverhältnisse nach den Regelungen des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG) für die Agenturen ist nicht mehr möglich, da die jeweils mögliche Beschäftigungsdauer vollständig ausgeschöpft wurde und weitere Sachgründe für eine Verlängerungsoption für die Bundesagentur für Arbeit nur für einen Teil dieser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gegeben sind. Für die Agenturen stehen leider unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten nur 6,5 Verlängerungsmöglichkeiten zur Verfügung. Die Bundesagentur hat dies zum Anlass genommen, den Kreis zu bitten, die Möglichkeit einer Übernahme der Arbeitsverhältnisse, deren Verlängerung den Agenturen für Arbeit nicht möglich ist, durch den Kreis Mettmann zu prüfen. Mit Blick auf mögliche Kettenarbeitsverträge ist eine Weiterbeschäftigung der Kolleginnen und Kollegen beim Kreis ausgeschlossen. Die Folge dieses Umganges mit den Haushaltsermächtigungen und mangelnden Etatisierungen ist so unglaublich „hanebüchen“ wie fatal; von der Öffentlichkeitswirkung ganz zu schweigen.

Zu befürchten ist, dass schon in naher Zukunft in vielen der zehn Geschäftsstellen keine Arbeitsvermittler mehr vor Ort sein werden. Das mit teilweise erheblichem Aufwand ausgebildete und geschulte Personal muss sich bereits jetzt „job to job“ bei der Arbeitsagentur arbeitslos melden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen bei keiner anderen Arbeitsgemeinschaft eingestellt werden, obwohl sie dringend benötigt werden. Vielmehr muss ungeschulter Ersatz auf dem Markt gefunden werden, der aufwändig ausgebildet werden muss. Eine voll einsatzfähige Kraft bedarf mindestens einer Einarbeitungszeit von 6 bis 12 Monaten.

### **Landesstraßenbauprogramm 2009 für Maßnahmen des Landesstraßenbauplans**

Landrat Hendele führt aus, dass der Regionalrat bei der Bezirksregierung am 18.09.2008 das regionale Landesstraßenbauprogramm 2009 für die Maßnahmen des Landesstraßenbauplans im Regierungsbezirk Düsseldorf einstimmig beschlossen hat. Als neue Maßnahme enthält das Landesstraßenbauprogramm 2009 die L 404, Ausbau Düsseldorf / Hilden (K7 bis L 282 / K 14), AS Erkrath A 46 / L 404. Wieder aufgenommen wurde die Maßnahme L 239, Neubau in Ratingen, Teil I – A3 bis Oben der Weiden

### **Interfraktionelle Runde am 20.10.2008**

Für die eigentlich am 20.10.2008 geplante Sitzung der Interfraktionellen Runde liegen seitens der Verwaltung keine beratungsreifen Tagesordnungspunkte vor. Sofern die Fraktionen Beratungsbedarf haben, können sie dies im nichtöffentlichen Teil mitteilen, ansonsten kann die Sitzung entfallen.

<b>Zu Punkt 4: Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung</b>
---

Landrat Hendele stellt fest, dass ihm keine schriftlichen Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen. Er fragt, ob Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind, die Fragen stellen möchten. Dies ist nicht der Fall.

<b>Zu Punkt 5: Einführung und Verpflichtung eines neuen Kreistagsmitgliedes - Vorlage Nr. 01/011/2008</b>
---

Landrat Hendele begrüßt Herrn Nils Lessing, der die Nachfolge von Frau Barbara Heimes angetreten hat, und verpflichtet ihn in feierlicher Form.

<b>Zu Punkt 6: Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien - Vorlage Nr. 01/021/2008</b>
--

Landrat Hendele verliest die drei ihm vorliegenden Wahlvorschläge und lässt hierüber abstimmen.

**Wahl:**

SB Andreas Kanschat wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger von KA Harald Degner in den Schulausschuss gewählt.

SB Brigitte Hagling wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger von SB Gabriele Fürstenberg in den Ausschuss für Kultur und Tourismus gewählt.

SB Reinhard Zipper wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger von SB Markus Radekopf in den Betriebsausschuss ME-BIT gewählt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

(Landrat Hendele hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt)

<b>Zu Punkt 7: Änderung der Hauptsatzung des Kreises Mettmann hier: Personalangelegenheiten (§ 15) - Vorlage Nr. 01/020/2008/1</b>
--

**Beschluss:**

Aufgrund des § 5 Abs. 3 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW 1996, Seite 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514) wird folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Kreises Mettmann vom 18.01.2008 beschlossen:

**Artikel 1**

Die Hauptsatzung des Kreises Mettmann in der zurzeit geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

§ 15 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Über die Einstellung, Beförderung bzw. Höhergruppierung und Entlassung der Leitenden Beamten und Leitenden Beschäftigten (Dezernenten) entscheidet der Kreistag im Einvernehmen mit dem Landrat.

**Artikel 2**

Diese Satzung zur Änderung der Hauptsatzung tritt rückwirkend am 25.09.2008 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

(Landrat Hendele hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

**Zu Punkt 8: Einbringung des Haushaltes 2009**  
- mündlicher Bericht  
- Vorlage Nr.

Landrat Hendele bringt den Haushalt ein.

Herr Herweg erläutert anschließend die Daten und Fakten des Entwurfes für den Haushalt 2009.

(Hinweis: Die Reden zur Einbringung des Haushaltes sind der Niederschrift als **Anlage 1 und 2** beigefügt. Sie wurden zudem den Mitgliedern des Kreistages am 26.09.2008 zugesandt.)

**Zu Punkt 9: WFB - Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH**  
- Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Verwendung des Jahresergebnisses  
- Entlastung des Aufsichtsrates  
- Vorlage Nr. 01/013/2008

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss 2007 wird gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 7 des Gesellschaftsvertrages festgestellt.
2. Gemäß § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages werden vom Jahresergebnis in Höhe von 1.424.704,72 € der Gewinnrücklage 1.374.704,72 € und der Arbeitsentgeltrücklage 50.000,00 € zugeführt.
3. Dem Aufsichtsrat wird gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 10 des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Der Landrat wird beauftragt, für den Kreis Mettmann als Gesellschafterversammlung der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH entsprechend zu votieren.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

(KA Auer, KA Cebulla, KA Dr. Ibold, KA Enke, KA Falkenau, KA Greve-Tegeler, KA Horzella, KA Klützke, KA Lassmann, KA Mannheim, KA Mayr, KA Ockel, KA Rohde, KA Schlottmann, KA Schmickler, KA Schmoll, KA Schnitzler, KA Scholz, KA Schulte, KA Stolz, KA Tondorf und KA Vahlsing haben weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilgenommen)

**Zu Punkt 10: Kreissparkasse Düsseldorf**  
- hier: Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils am Jahresüberschuss 2007  
- Vorlage Nr. 01/016/2008

**Beschluss:**

Der auf den Kreis Mettmann entfallende Anteil am Jahresüberschuss 2007 der Kreissparkasse Düsseldorf in Höhe von 114.213,00 € wird der Sicherheitsrücklage der Kreissparkasse zugeführt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 11:</b>	<b>Strategische Ausrichtung des Eigenbetriebes für Informationstechnologie des Kreises Mettmann - ME-BIT</b> <b>hier: Künftige organisatorische Ausrichtung der IT in der Kreisverwaltung</b> <b>- Vorlage Nr. 10/010/2008</b>
---------------------	--

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zeitplan für die Auflösung des Eigenbetriebes für Informationstechnologie des Kreises Mettmann - ME-BIT als Grundlage für die Wiedereingliederung des IT-Bereiches in die Kernverwaltung aufzustellen und vorzulegen sowie die erforderlichen Schritte vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 12:</b>	<b>Geprüfter Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes für Informationstechnologie des Kreises Mettmann - ME-BIT</b> <b>- Vorlage Nr. 16/010/2008/1</b>
---------------------	--

KA Mannheim erläutert als Berichterstatterin die wesentlichen Hintergründe der Vorlage sowie den Beratungsverlauf aus der Sitzung des Betriebsausschusses ME-BIT.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss 2007 und der Lagebericht 2007 des Eigenbetriebes für Informationstechnologie des Kreises Mettmann - ME-BIT werden gemäß § 26 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW) festgestellt.
2. Der Sonderrücklage "Verwaltungsweite Verfahren" werden die Kosten des Jahres 2007 für das Projekt "Sicherung mobiler Arbeitsplätze" in Höhe von 968,02 EUR entnommen.
3. Der in der Bilanz zum 31.12.2007 ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 100.348,25 EUR wird wie folgt verwendet:
  - a) Ein Betrag von 56.855 EUR zur Ausschüttung an den Haushalt des Kreises Mettmann als Verzinsung von 5 % auf das Stammkapital am 31.12.2007 in Höhe von 1.137.100 EUR,
  - b) ein Betrag von 43.493,25 EUR als zusätzliche Ausschüttung an den Haushalt des Kreises Mettmann.
4. Den Mitgliedern der Geschäftsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
5. Den Mitgliedern des Betriebsausschusses wird für das Wirtschaftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

(KA Carraro, KA Degner, KA Dr. Koppe, KA Greve-Tegeler, KA Hübinger, KA Janssen, KA Kramer, KA Krick, KA Lachmann, KA Leyendecker, KA Madeia, KA Mannheim, KA Münchow, KA Rammes, KA Roeloffs, KA Schmoll, KA Schneider-Rotert, KA Schulte, KA Stolz, KA Switalski, KA Vahlsing, KA Vielhaus, KA Wetzig und KA Wladarz haben weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitgewirkt)

<b>Zu Punkt 13:      Zuwendungen an die im Kreis Mettmann tätigen Vereine und Verbände</b> <b>- Vorlage Nr. 50/010/2008</b>
--

Landrat Hendele teilt mit, dass die Übersicht über die Zuwendungen an die im Kreis Mettmann tätigen Vereine den kreisangehörigen Städten zur Verfügung zugestellt und somit dem Wunsch des Kreisausschusses vom 11.09.2008 bereits entsprochen wurde.

Anschließend werden die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 14:      Neuberufung von Mitgliedern/ stellvertretenden Mitgliedern in die Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann (GPK)</b> <b>- Vorlage Nr. 53/013/2008</b>
--

**Wahl:**

1. Herrn Bernd Uhlemann – auf Vorschlag der IKK Nordrhein, Regionaldirektion Düsseldorf-Neuss – Mettmann – als stellvertretendes Mitglied für den Bereich der Krankenkassen und Nachfolger des ausgeschiedenen Mitgliedes, Frau Sandra Calmund, zu berufen.
2. Herrn Dirk Ruiss – auf Vorschlag der Landesvertretung NRW/ Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V./ Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e.V. – als Mitglied für den Bereich der Krankenkassen und Nachfolger des ausgeschiedenen Mitgliedes, Herrn Ulrich Mohr, zu berufen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 15:      Bildung einer einheitlichen Ausländer- und Einbürgerungsbehörde bei gleichzeitiger Verbesserung des Bürgerservices</b> <b>- Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung</b> <b>- Vorlage Nr. 32/012/2008</b>
---

KA Münchow erläutert als Berichterstatter die wesentlichen Hintergründe der Vorlage sowie den Beratungsverlauf aus der Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Beschluss:**

Dem Abschluss der angepassten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (Anlage 3) über die Wahrnehmung von Aufgaben des Ausländerwesens und in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten der Städte Ratingen und Velbert durch den Kreis Mettmann wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

(bei 6 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Zu Punkt 16: Offener Ganzttag an Förderschulen des Kreises  
- Einrichtung einer 3. Gruppe an der Leo-Lionni-Schule in Monheim  
und Qualitätssicherung an den Förderschulen für Emotionale und  
soziale Entwicklung in Hilden und Velbert  
- Vorlage Nr. 40/046/2008**

KA Greve-Tegeler erläutert als Berichterstatterin die wesentlichen Hintergründe der Vorlage sowie den Beratungsverlauf aus der Sitzung des Schulausschusses.

**Beschluss:**

Der Kreis Mettmann richtet an der Leo-Lionni-Schule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache in Monheim am Rhein, zum 01.08.2009 eine dritte Gruppe im Offenen Ganzttag ein und sichert ab 01.01.2009 durch Erhöhung der Zuwendung an die Träger des Offenen Ganztags an den Förderschulen für Emotionale und soziale Entwicklung in Hilden und Velbert die für das betreute Schülerklientel erforderliche Förderqualität.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 17: Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis  
Mettmann für das Jahr 2007  
- Vorlage Nr. 70/004/2008**

KA Enke erläutert als Berichterstatterin die wesentlichen Hintergründe der Vorlage sowie den Beratungsverlauf aus der Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Wirtschaftsförderung.

Der Kreistag nimmt das Betriebsergebnis 2007 für die Entsorgung häuslicher Abfälle zur Kenntnis.

**Beschluss:**

Der sich aus der Betriebskostenabrechnung 2007 für die „Entsorgung häuslicher Abfälle“ ergebende Überschuss in Höhe von **622.505,13 €** wird gemäß § 43 Abs. 6 GemHVO NW dem Sonderposten „Gebührenaussgleich Abfallentsorgung“ zugeführt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 18: Nachträge**

**Zu Punkt 18.1: Resolution zum Sparkassengesetz  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2008  
- Vorlage Nr. 01/026/2008**

Landrat Hendele weist darauf hin, dass zusätzlich zu dem Resolutionsentwurf der CDU-Fraktion weitere Entwürfe der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegen.

KA Giebels erklärt, dass er sich an der Beratung nicht beteiligen und bei den Abstimmungen enthalten wird, da sich die Resolutionstexte an die Landtagsabgeordneten richten.

Anschließend nehmen die Fraktionsvorsitzenden zu den vorgelegten Resolutionstexten ausführlich Stellung.

KA Völker erläutert die Zielrichtung des Resolutionstextes seiner Fraktion. Die Verabschiedung des Gesetzes sollte bis zur Klärung der Forderungen der EU-Kommission verschoben werden. Er schlägt vor, den ersten Absatz (nach der Vorbemerkung) wie folgt zu fassen:

*Die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags werden gebeten, die Verabschiedung des Gesetzes bis zur Klärung der Forderungen der EU-Kommission zu verschieben, oder – insbesondere –...*

KA Carraro wertet das Thema als sehr komplex. Der Resolutionsentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthält seiner Auffassung nach keine neuen Aspekte, so dass eine solche Beschlussfassung nichts bewirken würde. Den Entwurf der FDP-Fraktion trägt seine Fraktion nicht mit. Er bittet im Namen seiner Fraktion darum, den von der CDU-Fraktion eingebrachten Text als gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zu werten. Dem stimmt KA Völker für die CDU-Fraktion zu.

KA Dr. Ibold erläutert die vier Schwachstellen des Gesetzesentwurfes und bittet den Kreistag um Unterstützung des von seiner Fraktion eingebrachten Resolutionsentwurfes. Dieser wurde vom Vorstand der Sparkasse Hilden – Ratingen – Velbert entwickelt und mittlerweile von Gremien der Städte Velbert und Hilden verabschiedet.

KA Wedel erläutert, warum die Resolutionstexte der anderen Fraktionen nicht seine Zustimmung und Unterstützung finden. Es werde ein AngstszENARIO aufgebaut, das so nicht eintreten wird. Man sollte mit realistischen Annahmen an die Sache herangehen.

KA Kanschat signalisiert die Unterstützung des gemeinsamen Textes von CDU und SPD, seine Fraktion wäre jedoch auch gerne bei den Vorbesprechungen mit eingebunden gewesen.

Nach abschließender Diskussion lässt Landrat Hendele über den Ersetzungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

### **Antrag der FDP-Fraktion**

*Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt aus Verantwortung für die Zukunft des Sparkassenwesens folgende Resolution:*

*Die Modernisierung des Sparkassengesetzes ist unverzichtbar für die Zukunft der Sparkassen in Nordrhein-Westfalen. Das neue Gesetz stärkt die Rechte der kommunalen Eigentümer und sorgt für mehr Transparenz. Unterstellungen, die Sparkassen sollten privatisiert werden, entbehren jeder Grundlage und dienen nur dem unverantwortlichen Zweck, Unruhe in die Sparkassen und ihre Kundschaft hineinzutragen. Eine Privatisierung der Sparkassen ist nach dem neuen Sparkassengesetz ausdrücklich ausgeschlossen. Das neue Gesetz gefährdet nicht die Sparkassen, sondern sichert ihre Zukunft. Zudem werden Vereinbarungen des Landes mit den Sparkassen, die am 8. Februar 2008 anlässlich der Rettung der WestLB AG zwischen den Eigentümern (Sparkassenverbände 50,3 %, Land knapp 38 %, Landschaftsverbände 12 %) getroffen wurde, umgesetzt.*

*Der Kreistag begrüßt, dass mit dem neuen Sparkassengesetz*

- *erstmalig die Eigentümerstellung der Kommunen klar gestellt wird,*
- *sparkassentypische Grundprinzipien wie das Regionalprinzip und die öffentlich-rechtliche Rechtsform mit Gemeinwohlorientierung festgeschrieben werden,*
- *die Einführung von Trägerkapital ermöglicht wird, um den Kommunen ein transparentes Steuerungsinstrument an die Hand zu geben,*
- *die Sparkassen mit dem Risikoausschuss als Unterausschuss des Verwaltungsrates ein modernes und risikoadäquates Kontrollorgan erhalten,*
- *die Ausschüttungsmöglichkeiten verbessert werden, ohne dass deren ausschließliche Verwendbarkeit für gemeinnützige Zwecke beschränkt wird,*
- *die beiden Sparkassenverbände Rheinland und Westfalen-Lippe nach einem Übergangszeitraum vereinigt werden, um die Sparkassen mit einem gemeinsamen nordrhein-westfälischen Dachverband noch schlagkräftiger zu machen,*

- die Zusammenarbeit innerhalb des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens durch einen verstärkten Verbund ausgebaut wird, damit die Sparkassen ihren Kunden noch bessere und günstigere Produkte anbieten können,
- erstmalig jedem Bürger der Rechtsanspruch auf ein Girokonto bei der Sparkasse gesetzlich gesichert wird.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

29 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
 1 Enthaltung CDU-Fraktion  
 20 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
 6 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 6 Ja-Stimmen FDP-Fraktion  
 4 Nein-Stimmen Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Beschlussfassung zum Resolutionstext der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

1. *Die geltende Struktur der Sparkassen hat sich bewährt und muss auch zukünftig Bestand haben. Das Modell der dezentralen, selbständigen öffentlich-rechtlichen Sparkasse in kommunaler Trägerschaft erweist sich nach wie vor als modern und unverzichtbar im Nebeneinander mit den Genossenschaftsbanken und privaten Geschäftsbanken.*
2. *Die heutige Organisationsform der Sparkassen ist europatauglich und Voraussetzung für den funktionierenden, allen Teilen der Bevölkerung und der Wirtschaft sowie der öffentlichen Hand zugute kommenden Wettbewerb der drei Gruppen des deutschen Kreditgewerbes. Kommunal gebundene, dezentrale, aufgaben- und gemeinwohlorientiert arbeitende Sparkassen gewährleisten eine breit fundierte, sozial gerechte und solide getragene wirtschaftliche Entwicklung aller Regionen.*
3. *Zentrale Gesetzesvorschläge der Landesregierung setzen die bewährte Sparkassenstruktur leichtfertig aufs Spiel. Wir sagen dazu ein klares: Nein! Regelungen, für die kein Bedarf besteht und die keinerlei Mehrwert bieten, lehnen wir mit Nachdruck ab.*
4. *Aus diesem Grund fordern wir, von einem gesetzlichen Zwangsverbund über die Zusammenarbeit der Sparkassen mit der WestLB abzusehen. Nirgendwo in Deutschland gibt es ein solches Konstrukt. Auch in Nordrhein-Westfalen ist er überflüssig. Bereits heute pflegen die Sparkassen auf freiwilliger, vertraglicher Basis eine intensive Zusammenarbeit mit der WestLB, die zum Wohl beider Seiten weiter ausgebaut werden soll. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit beeinträchtigt aber die wirtschaftliche Freiheit unserer Sparkasse zu Lasten unserer Kunden. Eine gesetzlich festgeschriebene Zusammenarbeit mit der WestLB führt zudem zu konzernähnlichen Strukturen. Diese würden unabhängige Entscheidungen vor Ort verhindern.*
5. *Die Zulassung von Trägerkapital – auch in nicht-handelbarer Form – ist geeignet, das Gesicht unserer Sparkassen zu verändern - weg von ihrer Aufgabenorientierung, die auf eine Förderung der heimischen Bevölkerung und Wirtschaft, der örtlichen und regionalen Entwicklung fokussiert ist, hin zu ihrer Betrachtung als Finanzinvestment der Kommune.*
6. *Die im Gesetzentwurf vorgesehene Zulassung von Trägerkapital bietet keinerlei Mehrwert: Sie ist nicht notwendig, um die kommunale Anbindung der Sparkassen zu stärken oder die besondere Rechtsposition der Kommunen an ihren Sparkassen zu betonen. Dies wird bereits durch die weitgehende Ausschüttungsregelung und die Klarstellungen bei der kommunalen Trägerschaft hinreichend erreicht. Die Einführung von Trägerkapital schafft auch nicht mehr Transparenz, als die Sparkassen den Kommunen, Kunden und der Öffentlichkeit ohnehin schon bieten. Die Zulassung von Trägerkapital birgt aber Gefahren für den öffentlich-rechtlichen Status der Sparkassen. Es ist keineswegs auszuschließen, dass Trägerkapital einer späteren Privatisierung der Sparkassen Vorschub leistet.*

7. *Die im Gesetzentwurf angelegte Aufhebung der Gemeinnützigkeitsbindung bei der Verwendung von an den Träger ausgeschütteten Teilen des Jahresüberschusses der Sparkasse würde einen Systembruch bedeuten. Die gemeinnützige Verwendung ausgeschütteter Beträge stellt ein prägendes Merkmal der öffentlich-rechtlichen Sparkassen dar. Öffentlicher Auftrag der Sparkassen, Gemeinwohlorientierung ihrer Tätigkeit und gemeinnützige Verwendung der ausgeschütteten Gewinne durch den Träger sind sinnfälliger Ausdruck des bürgerschaftlichen Engagements der kommunalen Sparkassen und ihrer Mitverantwortung für die regionale Entwicklung. Ihr Zusammenspiel bedeutet ein Spezifikum der Sparkassen, das sie von Privat- und Genossenschaftsbanken unterscheidet.*
8. *Die Aufhebung der Gemeinnützigkeitsbindung würde zu einer erheblichen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger führen, die in Zukunft das bewährte, allein dem Gemeinwohl verpflichtete öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen gleichsam als eine elementare Säule der kommunalen Daseinsvorsorge in Gefahr sehen müssen.*

*Wir appellieren an die Landesregierung, bei ihren Überlegungen zur Novellierung des Sparkassengesetzes in Nordrhein-Westfalen an den bewährten Grundprinzipien der kommunalen Sparkassen uneingeschränkt festzuhalten und einem gesetzlichen Finanzverbund, Trägerkapital und der Aufhebung der Gemeinnützigkeitsbindung eine klare Absage zu erteilen.*

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
 29 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
 1 Enthaltung CDU-Fraktion  
 9 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
 11 Enthaltungen der SPD-Fraktion  
 6 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 6 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
 4 Nein-Stimmen Fraktion UWG-ME  
 1 Nein-Stimme Landrat Hendeke

Schließlich erfolgt die Abstimmung über den Resolutionstext der Fraktionen von CDU und SPD.

### **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD**

Der Kreistag des Kreises Mettmann appelliert an die Abgeordneten des Landtags NRW:

Vorbemerkung:

Die EU-Kommission hat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Risikoabschirmung der WestLB mehrere Forderungen - u.a., dass die Eigentümer der WestLB ihre Mehrheit vorzugsweise an private Investoren abgeben - aufgestellt. Im Falle der Durchsetzung dieser Forderungen besteht die Gefahr, dass diese in Kombination mit Vorschriften des neuen Sparkassengesetzes langfristig zu einer Privatisierung der Sparkassen führt.

Da eine Privatisierung der Sparkassen erklärtermaßen nicht das Ziel der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist, hat der Kreistag des Kreises Mettmann in seiner Sitzung am 25. 09. 2008 folgenden Appell an die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags beschlossen:

Die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags werden gebeten, die Verabschiedung des Gesetzes bis zur Klärung der Forderungen der EU-Kommission zu verschieben, oder – insbesondere –

1. § 37 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzentwurfs, wonach die Aufsichtsbehörde die Funktion der Sparkassenzentralbank auch einer juristischen Person des Privatrechts übertragen kann

und

2. § 39 - S-Finanzverbund Nordrhein-Westfalen –

ersatzlos zu streichen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

29 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
1 Enthaltung CDU-Fraktion  
20 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
6 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
6 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
4 Ja-Stimmen Fraktion UWG-ME  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Zu Punkt 18.2: Resolution zur CO-Pipeline  
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2008  
- Vorlage Nr. 01/027/2008**

Landrat Hendele weist zunächst darauf hin, dass ihm drei unterschiedliche Resolutionstexte (der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vorliegen.

Anschließend nehmen die Fraktionen zu den Entwürfen und der Gesamtproblematik der CO-Pipeline Stellung.

KA Dr. Ibold sieht auch nach Fassung der Resolution durch den Kreistag im Dezember 2007 die grundsätzlichen Bedenken nicht ausgeräumt. Die für das Rohrleitungsgesetz verantwortliche Landespolitik sollte erneut in die Pflicht genommen werden. Ein gleich lautender Resolutionstext wurde im Rat der Stadt Ratingen sowie im Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Hilden bereits einstimmig beschlossen bzw. dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen. Der Kreis sollte durch eine gleich lautende Beschlussfassung seine Solidarität mit den Städten bekunden.

KA Carraro weist darauf hin, dass alle Resolutionsentwürfe ein gemeinsames Ziel haben: Die Leitung dürfe nie in Betrieb gehen und die Pipeline nicht zu Ende gebaut werden. Er stellt klar, dass der Kreistag keine direkten Einflussmöglichkeiten auf diese Entscheidungen hat, sondern sich lediglich mit Appellen und Gesprächen auf allen Ebenen (Politik und Verwaltung) an die Entscheidungsträger wenden kann.

KA Kanschäp erklärt, dass die Fraktion UWG-ME der Resolution der CDU-Fraktion zustimmen wird, da diese nach Meinung seiner Fraktion die größte Aussicht auf Erfolg hat.

KA Völker erläutert die Zielrichtung des Resolutionsentwurfes seiner Fraktion, nämlich tragfähige Alternativen zur CO-Pipeline zu entwickeln. Neben diesem neuen Aspekt wende sich die Resolution zudem an einen anderen Adressatenkreis (Landesregierung, Bezirksregierung, Firma Bayer).

KA Wedel betont, dass seine Fraktion keinem der vorgelegten Resolutionstexte zustimmen wird. Seit der Verabschiedung der Resolution im Dezember 2007 habe es keine Veränderung der Sachlage gegeben.

Auf Antrag von KA Dr. Ibold unterbricht der Landrat die Sitzung von 18.32 Uhr bis 18.40 Uhr.

Anschließend erfolgt zunächst die Abstimmung über den Resolutionstext der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Resolutionstext der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Der Kreistag Mettmann hat bereits in seiner Sitzung am 17.12.2007 die Bezirks- und Landesregierung aufgefordert, den Bau der CO-Pipeline der Firma Bayer zu stoppen.

Wie begründet diese Forderung gewesen ist, zeigen die schweren Chemieunfälle in Köln – Worringen im März 2008, in Mönchengladbach, in Köln - Pesch und zuletzt in Wülfrath im Au-

gust 2008. Bei dem Gasunfall in einer Mönchengladbacher Lackfabrik erlitten 107 Menschen zum Teil schwere Kohlendioxidvergiftungen. Kohlendioxid ist ein weitaus weniger giftiges Gas als Kohlenmonoxid. Ein vergleichbarer Austritt von Kohlenmonoxid hätte verheerende Folgen gehabt, da die Bayer-Pipeline unmittelbar an Wohngebäuden, Schulen, Kindergärten und sonstigen Einrichtungen entlang verlegt wird.

Es ist angesichts dieser Ereignisse unverständlich, dass die Firma Bayer unbekümmert die Kohlenmonoxid-Pipeline weiter baut und trotz erheblicher Sicherheitsbedenken vollendete Tatsachen schafft. Mit dem Versuch, durch Planänderungen und Planergänzungen den Planfeststellungsbeschluss vom 14.02.2007 nachzubessern, sollen nunmehr die vom Oberverwaltungsgericht Münster geäußerten Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Planfeststellungsbeschlusses beseitigt werden.

Weder die bereits erfolgte Planänderung hinsichtlich der Beschränkung des Betriebsdrucks der Rohrfernleitungsanlage auf 13,5 bar noch sonstige beabsichtigte Planänderungen sind jedoch geeignete Mittel, um den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Wir äußern daher unser Unverständnis, dass angesichts der schweren Gasunfälle in jüngster Zeit die Kohlenmonoxid-Pipeline trotz nach wie vor bestehender erheblicher Sicherheitsrisiken in unmittelbarer Nähe von dicht besiedelten Wohngebieten u.a. durch den Kreis Mettmann verlaufen soll.

Über 93.300 von den Bürgerinitiativen gesammelte Unterschriften für einen sofortigen Baustopp zeigen, dass die Empörung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger mittlerweile einem politischen Flächenbrand gleich kommt. Die von der Kohlenmonoxid-Pipeline betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass ihre Ängste und Sorgen ernst genommen werden.

Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass von Regierungsseite, dem zuständigen Regierungspräsidenten und auch von Politikern nur vermeintlich tröstende Worte gesprochen werden, man „nehme die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst“.

Folgen diesen Worten keine Taten, so entstehen ernstlich begründete Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit. Sowohl der Ministerpräsident als auch die Mitglieder des Landtages NRW sind für das Wohlergehen und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Lande verantwortlich. Die Verantwortung kann nicht, wie bislang geschehen, lediglich auf die Gerichte abgewälzt werden.

Vielmehr sind Regierung und Landtag aufgerufen, endlich das dem Pipelinebau zugrunde liegende Rohrleitungsgesetz aufzuheben. Damit wird auch der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung vom 14.02.2007 gegenstandslos. Für die Aufhebung des Rohrleitungsgesetzes besteht unabhängig von den hinreichend bekannten Sicherheitsrisiken alle Veranlassung, nachdem das OVG Münster bereits begründete Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit geäußert hat.

Es geht jetzt allein darum, dass Regierung und Parlament im gesetzgeberischen Bereich das rückgängig machen, was in Form der Pipeline wie ein Alptraum auf den Bürgerinnen und Bürgern lastet. Politische Verantwortung zeigt insbesondere nur derjenige, der offenkundige Fehlentwicklungen stoppt.

Wir fordern daher alle Parteien im Landtag auf das erforderlichen Gesetzgebungsverfahren zur Aufhebung des Rohrleitungsgesetzes einzuleiten und den Weiterbau der Pipeline sofort zu stoppen.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt**  
30 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
20 Enthaltungen SPD-Fraktion  
6 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
6 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
3 Nein-Stimmen Fraktion UWG-ME  
1 Enthaltung Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Resolutionstext der SPD-Fraktion.

#### **Resolutionstext der SPD-Fraktion**

In Verantwortung für die Gesundheit und Unversehrtheit der Bevölkerung in den kreisangehörigen Gemeinden unterstützt der Kreistag alle demokratisch legitimierten Maßnahmen, die den Bau und die Inbetriebnahme der CO-Pipeline verhindern können.

Die CO-Pipeline darf nie in Betrieb gehen.

Deshalb erklärt sich der Kreistag solidarisch mit den schon gefassten Resolutionen der Stadträte gegen die Pipeline.

Angesichts der sich häufenden besorgniserregenden Chemie-Unfälle, wie beispielweise in Mönchengladbach, fordert der Kreistag von der Bayer AG jetzt umgehend den Verzicht auf die Inbetriebnahme und die Aufgabe des Pipeline-Projekts.

Gleichermaßen wird die Bezirksregierung aufgefordert, die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses aufzuheben.

Die Unglücke lassen erahnen, welche Folgen ein Chemie-Unfall hätte, bei dem das giftigere Kohlenmonoxid ausgetreten wäre, das durch die Bayer-Pipeline teilweise nur wenige Meter vorbei an Wohngebäuden, Schulen und Kindertagesstätten geleitet werden soll.

Der Kreistag hebt die besondere Bedeutung des Industrie- und Chemiestandorts NRW und insbesondere die der kunststofferzeugenden und –verarbeitenden Industrie mit ihren 150.000 Beschäftigten hervor, aber nicht um jeden Preis.

Vor dem Hintergrund der technischen Risiken der CO-Pipeline, der bekannten Mängel im Bereich der Sicherheitskonzepte bzw. des Katastrophenschutzes und der berechtigten Sorgen und Ängste der Bürger richtet der Kreistag an die Landesregierung NRW den Appell, gemeinsam mit der Chemieindustrie tragfähige Alternativen zu entwickeln. Diese Alternativen müssen den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen Rechnung tragen.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich abgelehnt**  
30 Nein-Stimmen CDU-Fraktion  
20 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
6 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
6 Nein-Stimmen FDP-Fraktion  
3 Nein-Stimmen Fraktion UWG-ME  
1 Enthaltung Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Abschließend erfolgt die Abstimmung über den Entwurf der CDU-Fraktion.

#### **Resolutionstext der CDU-Fraktion**

Der Kreistag des Kreises Mettmann fordert angesichts der sich häufenden besorgniserregenden Chemie-Unfälle, wie beispielsweise in Mönchengladbach, von der Bayer AG den Verzicht auf die Inbetriebnahme und die Aufgabe des Pipeline-Projektes.

Gleichermaßen wird die Bezirksregierung aufgefordert, die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses aufzuheben.

Die Unglücke lassen erahnen, welche Folgen ein Chemie-Unfall hätte, bei dem das giftigere Kohlenmonoxid ausgetreten wäre, das durch die Bayer-Pipeline teilweise nur wenige Meter vorbei an Wohngebäuden, Schulen und Kindertagesstätten geleitet werden soll.

Der Kreistag hebt die besondere Bedeutung des Industrie- und Chemiestandorts NRW und insbesondere die der kunststofferzeugenden und – verarbeitenden Industrie mit ihren 150.000 Beschäftigten hervor – aber nicht um jeden Preis.

Vor dem Hintergrund der technischen Risiken der CO-Pipeline, der bekannten Mängel im Bereich der Sicherheitskonzepte bzw. des Katastrophenschutzes und der berechtigten Sorgen und Ängste der Bürger richtet der Kreistag an die Landesregierung NRW den Appell, gemeinsam mit der Chemieindustrie tragfähige Alternativen zu entwickeln. Diese Alternativen müssen den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen Rechnung tragen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

30 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

19 Ja-Stimmen SPD-Fraktion

1 Enthaltung SPD-Fraktion

6 Enthaltungen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

6 Enthaltungen FDP-Fraktion

3 Ja-Stimmen Fraktion UWG-ME

1 Enthaltung Fraktion UWG-ME

1 Ja-Stimme Landrat Hendele